

## **Marktwirtschaft ist kein ethikfreies Konzept**

(Eine Antwort an Thomas Held und Boris Zürcher)

"Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert", meint Avenir Suisse. Wir kennen uns da weniger aus. Aber uns scheint, der Weg ins "Paradies des freien Weltmarkts" sei mit allzu viel menschlichem Leid verbunden, als dass wache Zeitgenossen heute schweigen dürften. Unsere Feststellung, dass gerade das wirtschaftsliberale Credo die gemeinsame Wurzel der drei grossen gegenwärtigen Krisen ist - der Umwelt-, Kredit- und Nahrungsmittelkrise -, bestreiten Thomas Held und Boris Zürcher nicht. Ebenso wenig widerlegen sie, dass die dabei erzielten Gewinne privatisiert, die Verluste hingegen sozialisiert werden. Darüber scheint also Einigkeit zu herrschen. Missverstanden haben uns die beiden Autoren aber in drei Punkten:

- Wir sind nicht gegen die Marktwirtschaft, sondern wir wollen eine soziale und gerechtere Marktwirtschaft, die der Gesellschaft dient.
- Wir bestreiten nicht, dass die Marktwirtschaft vielen Menschen mehr Wohlstand gebracht hat, aber wir wollen auch die Gefahren nicht übersehen: die Millionen Verlierer in vielen Kontinenten und die Gefährdung von Freiheit und Demokratie durch Anhäufung gewaltiger ökonomischer Macht, die ja so leicht in politische Macht umschlägt, bei wenigen Superreichen und Grosskonzernen.
- Wir plädieren weder einseitig für staatliche Regulierung noch allein für individuelle Verantwortung, sondern für ihre wechselseitige, ausgewogene Ergänzung - und für die Einbindung der Marktkräfte in die Bürgergesellschaft, in der wir leben wollen.

Dies zur Klärung vorweg. Damit können wir uns der grundsätzlichen Frage zuwenden: dem Verhältnis von Marktwirtschaft und Ethik. Hier hat unser Manifest offenbar den "blinden Fleck" im Auge von Avenir Suisse getroffen: Thomas Held und Boris Zürcher sehen nicht, dass sie selbst eine freilich unausgesprochene Wirtschaftsethik vertreten – eine ökonomistische "Ethik ohne Moral" (Adela Cortina), die durchaus als normative Handlungsanweisung gemeint ist und wirkt. Sie beanspruchen für sich den "nüchternen Blick auf die Realität" und sehen uns andererseits als "Propheten" oder "Sonntagsprediger". Sie erkennen nicht, dass jede sozial bedeutsame Entscheidung und Handlung, auch im wirtschaftlichen Bereich, einen ethischen Bezug besitzt, ob ihre Akteure es wahrnehmen oder nicht. Auch die Entscheidung, sich bei einem Geschäft *nicht* um die sozialen Folgen zu kümmern, ist eine moralische Entscheidung. In der Gesellschaft, und dazu gehört auch der Markt, kann man nicht wertfrei handeln. - Im Wesentlichen sehen wir folgende Streitpunkte: Avenir Suisse idealisiert den Markt (1), verwechselt Freiheit mit Egoismus (2) und vertritt ein amoralisches Menschenbild (3).

Zunächst (1) erwarten Held und Zürcher vom globalisierten Markt eine "wirtschaftlich voll integrierte Welt" des Wohlstands. Dass dies angesichts der wachsenden Schere zwischen Reich und Arm keine absehbare Realität, sondern ein Ideal und eine Utopie ist, braucht angesichts der drei akuten Krisen nicht weiter begründet zu werden. Auch das Marktideal ist übrigens ein normativer Anspruch, dessen Umsetzung Regeln braucht. Heikel ist deshalb die Rede vom "freien Markt" und von der "Freiheit" (2), wenn gleichzeitig gesagt wird, "die Marktwirtschaft ... funktionier(e) schon dank Eigennutz". Da wird Freiheit von Verantwortung abgekoppelt und verkommt zu grundsatzloser Beliebigkeit. Es wird verkannt, dass jeder Markt auf dem gegenseitigen Vertrauen der Partner beruht und Regeln zur Mässigung des Egoismus sowie zur Rücksichtnahme auf betroffene Dritte braucht. Je rücksichtsloser die Parole des Eigennutzes im Markt umgesetzt wird, desto schärfer und enger müssen Regulierungen die Marktfreiheit eingrenzen, damit der Markt seine gesellschaftlichen Aufgaben erfüllt. (Deshalb zeigt sich, dass mit der Privatisierung wichtiger Wirtschaftszweige die Regulierung zunimmt).

Damit liegt die zentrale Blindheit der Antwort von Avenir Suisse in der Amoralität des vertretenen Menschenbildes (3). Wer den Egoismus als "realistische" Einschätzung des Menschen darstellt, gibt sich nur vermeintlich neutral. Die "freie" Marktwirtschaft dient dann nämlich als Legitimation für verantwortungsloses Handeln: Wer es schafft, auf der Gewinnerseite der Globalisierung zu enden, der hat das auch "verdient", egal ob durch Spekulation, Abzockerei oder Ausbeutung von Natur und Menschen. Dass die Nutzniesser des Systems mit ihrem individuellen Gewinn zu kollektiven Krisen beitragen, ist aus dieser Sicht nicht problematisch. (Hier geht es nicht um den aus psychologischer Sicht fragwürdigen Gegensatz zwischen Egoismus und Altruismus, sondern um die Frage, wann das individuelle Gewinnstreben gerechtfertigt ist.)

Wir haben in unserem Manifest demgegenüber ein "Umdenken" gefordert: Die heute vorherrschende Logik (welche Avenir Suisse aktiv fördert) denkt in den Kategorien von Nutzen und Kosten: Was nützt es mir, was bringt es uns, was kostet es? Sie orientiert sich am Idol des Gewinners, der am meisten Erfolg hat. Demgegenüber sollten wir auch in den Kategorien von Rechten und Pflichten denken: Welche Rechte habe ich, welche Rechte hat der Andere und welche Pflichten haben wir beide? Dann orientieren wir uns am liberalen Leitbild der Gerechtigkeit, das mich in meinem Status als Individuum und Bürger auch dann schützt, wenn ich der Schwächere bin. Während das Nützlichkeitsdenken den eigenen Wohlstand gegen den Hunger der Andern verrechnet und das Schicksal der Verlierer der Globalisierung in Kauf nimmt, um den Durchschnitt anzuheben, setzt das Gerechtigkeitsdenken dieser Form von "Freiheit" Grenzen, indem es Pflichten errichtet, die der Macht des Stärkeren die Würde der Schwachen entgegenhalten. Wer Macht hat, muss zur Verantwortung gezogen werden können, damit die legitimen Ansprüche der Schwächeren geschützt bleiben. Nur so können sich jener wechselseitige Respekt und jene Vertrauenskultur entwickeln, die für eine bürgerliche Gesellschaft so grundlegend sind.

Letztlich geht es darum, unser Zusammenleben nicht einseitig nach dem Prinzip des Wettstreits gegeneinander, sondern auch - und vorrangig - nach den Prinzipien einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger zu gestalten. Wir plädieren für eine in die Bürgergesellschaft eingebettete, soziale Marktwirtschaft - und nicht wie Avenir Suisse für eine Konkurrenzgesellschaft, die restlos vom Marktprinzip beherrscht wird.

Dass ethisch begründetes Handeln in der Wirtschaft nicht nur möglich ist, sondern gerade auch zum legitimen und nachhaltigen Erfolg beiträgt, zeigen Tausende von Unternehmern und Managern in ihrer täglichen Arbeit. Umgekehrt gilt: Je mehr das Wirtschaftsleben von Egoismus geprägt ist, desto stärker muss der Staat den Markt regulieren. Wer Wirtschaft ohne Ethik propagiert, vertritt damit implizit eine Ethik, welche von der Allgemeinheit bzw. dem sie vertretenden Rechtsstaat korrigiert werden muss, damit der Markt zu tragfähigen Ergebnissen führt.

Vgl. die Kästen:

- Mitunterzeichnende
- Kernaussagen des Manifests

## Mitunterzeichnende

Unser Manifest ist in den vergangenen zwei Wochen ausserhalb der Mitglieder von kontrapunkt noch von folgenden angeschriebenen Professoren der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten der Schweiz unterzeichnet worden:

Prof. Alsaker Françoise, Universität Bern  
Prof. Back Andrea, Universität St. Gallen  
Prof. Becchi Paolo, Universität Luzern  
Prof. em. Beck Eugen Alexander, Universität Bern  
Prof. Bortis Heinrich, Universität Fribourg  
Prof. Cattacin Sandro, Universität Genf  
Prof. Dachler Peter, Universität Genf  
Prof. Fahrni Fritz, ETH Zürich  
Prof. Gerhard Anselm, Universität Bern  
Prof. Guski Andreas, Universität Basel  
Prof. Hänggi Yves, Universität Zürich  
Prof. Hirsig René, Universität Zürich  
Prof. Hunkeler Thomas, Universität Fribourg  
Prof. Jonas Klaus, Universität Zürich  
Dr. Klapproth Danièle, Universität Basel  
Prof. Kollmar-Paulenz Karénina, Universität Bern  
Prof. Korenjak Martin, Universität Bern  
Prof. Krüger Oliver, Universität Fribourg  
Prof. Loosli-Buschor Andrea, Universität Fribourg  
Prof. Mäder Ueli, Universität Basel  
Prof. Maercker Andreas, Universität Zürich  
Prof. Manzotti Emilio, Universität Genf  
Prof. Mariaux Pierre Alain, Universität Neuenburg  
Prof. Marti Urs, Universität Zürich  
Prof. Mathieu Jon, Universität Genf  
Prof. Mattioli Aram, Universität Luzern  
Prof. Moretti Bruno, Universität Bern  
Prof. Müller Markus, Universität Bern  
Prof. Reichenbach Roland, Universität Basel  
Prof. Robinson Alan, Universität St. Gallen  
Prof. Schnell Rüdiger, Universität Basel  
Prof. Sczesny Sabine, Universität Bern  
Prof. Solèr Clau, Universität Genf  
Prof. Tanner Carmen, Universität Zürich  
Dr. Thielemann Ulrich, Universität St. Gallen  
Prof. Varone Frédéric, Universität Genf  
Prof. Winiger Bénédict, Universität Genf  
Prof. Wunderer Rolf, Universität St. Gallen

**Stand 23. Mai 2008**

**242** Personen haben das Manifest zusätzlich auf unserer Homepage unterzeichnet ([www.rat-kontrapunkt.ch](http://www.rat-kontrapunkt.ch)). Wer ebenfalls unterzeichnen möchte, kann dies dort tun.

## **Kernaussagen des Manifests**

Unser Manifest vom 11.5. enthält, kurz zusammengefasst, die folgenden **Kernaussagen**:

1. Die herrschende, in der öffentlichen Diskussion „neoliberal“ genannte Doktrin vom kapitalistischen „freien“ Markt betrachtet die wirtschaftliche Tätigkeit, abgesehen von der Beachtung gesetzlicher Vorschriften, als frei von ethischen Verpflichtungen und propagiert und legitimiert das unbegrenzte, eigennützige Gewinnstreben. Sie ist zur vielfach befolgten Handlungsanweisung geworden.
2. Die drei grossen gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen (die ökologische, die Finanz- und die Ernährungskrise) hängen in ihren Ursachen und Wirkungen miteinander zusammen.
3. Diese Krisen beruhen unter anderem auch auf dieser neoliberalen Ideologie; deren Folgen, Gier, Angst und amoralisches Handeln, haben nicht unwesentlich zu ihrer Entstehung beigetragen.
4. Die dabei von wenigen Nutzniessern erzielten grossen Gewinne sind privatisiert worden; die zur Bewältigung und Milderung der Folgen aufgewendeten und auch in Zukunft erforderlichen gewaltigen Mittel werden von der Allgemeinheit getragen; sie werden „sozialisiert“.
5. Auf diesen Überlegungen aufbauend fordern wir Politik, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsverbände und Unternehmer auf, die Notwendigkeit der ethischen Begründung wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Handelns anzuerkennen und entsprechende konkrete Massnahmen zu treffen.